

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsort: Nachrichten Dresden  
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241  
Post- und Nachzahlbeleg: Nr. 20011  
Schiffverteilung u. Hauptgeschäftsstelle:  
Dresden - A. 1, Marktplatz 28/29

Bezugspreis bei monatlicher Bestellung monatlich 2,40 RM, (einschließlich 20 Pfg. für  
Trägerlohn), durch Vorbezug 2,40 RM, einschließlich 20 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr)  
bei fünf wöchentlichem Versand, Einzelnummer 10 Pfg., Anzeigenpreis: Die einseitige 20 mm  
breite Seite 35 Pfg., für außerhalb 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt  
15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 20 mm breite Reklamseite 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offerten-  
gebühren 20 Pfg., Anzeigen für Kulturen gegen Voranzahlung

Druck u. Verlag: Meylich & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden,  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
Dresden, Nachr. 23. 10. 1930, unverlangt  
Einschickung werden nicht aufbewahrt

## Der neue Kurs Severing in Preußen Wird Grzesinski Berliner Polizeipräsident?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Okt. Gegen die vom preussischen Ministerpräsidenten Braun ebenfalls geplante Umgruppierung im Berliner Polizeipräsidium, wo der Sozialdemokrat Bergel dem früher persönlich kompromittierten Innenminister Grzesinski Platz machen soll, wendet sich heute die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in Ausführungen, die von ungewöhnlicher Schärfe sind. „Bar und“, schreibt das Blatt, „ist entscheidend jene Rede in Frankfurt, in der Herr Grzesinski blutrünstige Drohungen gegen das Bürgerium ausgesprochen hat, und sogar nach dem Verichte des „Vorwärts“ vom 30. Juni 1929 folgendes sagte: „Die deutsche Arbeitererschaft würde diejenigen, die freudlos auch nur den Versuch machen, ihre politischen Rechte mit Gewalt anzutasten und auf Kosten des Volkes eine Vorherrschaft auszurichten, diesmal wirklich an die Laternenpfähle aufzuknüpfen und sich von niemand dabei in den Arm fallen lassen.“ — „Wie kann man“, meint die „D.A.Z.“, „Herrn Grzesinski seinen Anspruch vom „Adöle rollen lassen“ übernehmen, wenn man Herrn Grzesinski zum Polizeipräsidenten von Berlin machen will, der das gleiche schon lange vor Hitler in etwas anderer Form gesagt hat? Es ist ein unklarer und gefährlicher Plan, der hier erwogen wird. Er wird als bewusste Provokation aller Andersdenkenden empfunden werden, als eine Ankündigung schwerer Konflikte, die nicht die Vereinigung fördern, sondern die Unruhe noch vermehren dürften.“

Severing scheint aber entschlossen zu sein, auf der Beratung Grzesinskis an die Spitze des Berliner Polizeipräsidiums zu bestehen. Wie aus preussischen Kreisen verlautet, wird die Abberufung Bergels und die Bestellung Grzesinskis zum Polizeipräsidenten eine der ersten Amtshandlungen des neuen preussischen Innenministers sein. Eine Veränderung bei den Posten des Polizeipräsidenten und des Kommandeurs der Schutzpolizei dürfte zunächst nicht eintreten.

Im Preussischen Landtag ist auch von den Kommunisten ein Misstrauensantrag gegen den neuen preussischen Innenminister Severing eingebracht worden.

### Die Konservativen Sachiens zur Ernennung Severings

Dresden, 23. Oktober. Die konservative Volkspartei in Sachsen erklärt, daß sie getreu ihrer in der Wahlzeit gezeigten Haltung als eine christliche und monarchische Rechtspartei keine Regierung unterstützen wird, die sich direkt oder auch nur indirekt von der Sozialdemokratie abhängig macht. Die Berufung Severings zum preussischen Innenminister ist eine unverhüllte Kampfansage an das nationalgesinnte deutsche Volk. Sie zeigt an, wie hoch der Preis ist, den die Regierung Brüning den Sozialdemokraten für die Tuldung der Reichsregierung ausbezahlt hat. Wir sind einig mit der Forderung des Landvolkes auf sofortige

Umbildung der Reichsregierung unter Einbeziehung der Rechtsparteien im Sinne des Wahlmandates, und müssen von unserer Reichsparteileitung verlangen, daß sie bis zur Erfüllung dieser Forderung heraustritt aus der Reihe der Parteien, die das Kabinett Brüning heute stützen.

### Die Landvolkvertreter bei Hindenburg

Berlin, 23. Okt. Der Reichspräsident empfing heute in Gegenwart des Reichsministers Dr. Schiele die Vertreter der Fraktion Deutsches Landvolk, die Abgeordneten Döberich, Geyer und Hepp, zu einer längeren Aussprache über die vom Deutschen Landvolk zur Vinderung der Notlage der deutschen Landwirtschaft vorgeschlagenen Maßnahmen.

## Wirth vor dem Deutschen Beamtenbund

Berlin, 23. Okt. Der Deutsche Beamtenbund veranstaltete heute im Rahmen seines 7. Bundestages im Großen Festsaal bei Kroll unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung eine Kundgebung. An der Spitze der Regierungsvertreter aus Reich und Ländern waren Reichsinnenminister Dr. Wirth und der Staatssekretär im preussischen Staatsministerium, Dr. Weismann, erschienen. Unter den anwesenden Abgeordneten befanden sich Reichstagspräsident Loh und Vertreter des Präsidiums des Preussischen Landtages. Ferner waren u. a. Delegierte der Reichsbahn-Gesellschaft und des internationalen Arbeitsamtes erschienen. — Der Bundesvorsitzende Klügel hat in seiner Begrüßungsansprache die Presse, im Interesse der Beamtenschaft und des internationalen Arbeitsamtes erschienen. — Der Bundesvorsitzende Klügel hat in seiner Begrüßungsansprache die Presse, im Interesse der Beamtenschaft und des internationalen Arbeitsamtes erschienen. — Der Bundesvorsitzende Klügel hat in seiner Begrüßungsansprache die Presse, im Interesse der Beamtenschaft und des internationalen Arbeitsamtes erschienen.

„Ich lege Wert darauf“, schloß der Redner, „in dieser ernsten Stunde vor aller Öffentlichkeit festzustellen: Der Deutsche Beamtenbund ist willens, alles zu tun, was in seinen Kräften steht, um den deutschen Volkstaat vor jedem Verluh einer gewaltsamen Aenderung seines verfassungsmäßigen und geordneten Zustandes zu schützen. Es möge der Versuch kommen, woher er wolle.“

Reichstagspräsident Loh begrüßte im Namen des Reichstages und des Preussischen Landtages den Bundestag. Der Staat brauche notwendig einen arbeitsfreundlichen, pflichtgetreuen und ökonomisch gesicherten Beamtensstand, aber ebenso sicher sei, daß die allgemeine Notlage auch an der Beamtenschaft nicht vorübergehe. Wenn gewisse Inanspruchnahmen beiläufig seien, dann werde auch bei den Beamten die Bereitschaft diskutiert werden müssen, einen Anteil an den notwendigen Lasten auf die Schulter zu nehmen.

### Noch keine Entscheidung im Metallkonflikt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Oktober. Die vom Reichsarbeitsminister verfügte Nachverhandlungen in Sachen des Metallarbeiterstreiks haben nicht, wie angekündigt, am Donnerstagvormittag stattgefunden, sondern sind wegen „interner Schwierigkeiten“ auf Donnerstag-nachmittag 5 Uhr verschoben worden.

### Kommerzienrat Rosenthal verunglückt

Lichtenfels, 23. Oktober. Einen schweren Autounfall erlitt heute vormittag gegen 11 Uhr der Seniorchef der bekannten Porzellanfabrik Philipp Rosenthal & Co., A. G., Berlin, Weheimer Kommerzienrat Philipp Rosenthal. Er war im Auto mit zwei seiner Direktoren auf dem Wege nach seinem Werke in Neukuhle bei Koburg. Als in der Nähe von Schenau bei Lichtenfels der Wagen in einer Kurve schleuderte und gegen einen Baum fuhr, wurden die Insassen von ihren Rücksitzen nach vorn geschleudert und erlitten sämtlich schwere Verletzungen.

Staatssekretär Dr. Weismann überbrachte die Grüße der preussischen Staatsregierung.

### Reichsminister des Innern, Dr. Wirth,

mit Beifallsstößen empfangen, nahm dann das Wort zu einem Vortrag über „Das deutsche Berufsbeamtentum im Volkstaat der Gegenwart“. Die Regierung, so führte er aus, hält am Berufsbeamtentum fest und sieht in ihm ihre Hauptstütze. Gewiß, der Beamtensstand wird in dieser Zeit reichlich viel zudemütet, was schmerzhaft in ihre Interessen eingreift. Aber die Regierung hätte sich zu solchen Maßnahmen nicht entschlossen, wenn sie eine andere Maßnahme zur Rettung der Lage geahnt hätte. Wo die Gesamtheit in ihren Lebensbedingungen erschüttert wird, kann nicht ein einzelner Berufsstand unberührt davon bleiben, am wenigsten der Beamtensstand, der am härtesten in der Gesamtheit wurzelt. Der Nationalismus lauert darauf, daß die heutige demokratische Staatsführung in ihrem Willen unsicher wird und Augenblicke der Schwäche zeigt. Ich glaube, daß es in der Natur jedes loyal denkenden Beamten liegt, daß er eine starke Staatsautorität verlangt, die auch die Mäßigkeit liebt, ihren Willen durchzusetzen. Im deutschen Parlament ist in den letzten Jahren hinsichtlich der Aufgabe einer festen Willensbildung vielleicht manches unterlassen worden, aber es kann auch kein Zweifel mehr daran bestehen, daß wir im Gegensatz zu fremden Regierungen klug geworden sind, daß wir aus dem Schaden gelernt haben und uns mit großer Energie und auch mit Erfolg bemühen, die Autorität der zur Führung der deutschen Politik berufenen Instanzen neu zu stärken und zu sichern.

Gerade die letzten Tage, so glaube ich, werden im deutschen Volk und sicher auch in der deutschen Beamtenschaft in dieser Hinsicht vermerkt worden sein.

(Die Verhandlung dauert bei Schluß der Redaktion an)

## Das erschütternde Grubenunglück von Alsdorf



Das zerstörte Verwaltungsgebäude und der eingestürzte Fördertrium



Die Rettungsmannschaften am Eingang zu der zerstörten Förderanlage des Schachtes Anna II

Photo-Union

Scherl